Es gilt das gesprochene Wort

FDP-Fraktion im Kreistag Unna

Haushaltrede 2010 Sigurd SenkelAnrede,

Wie äußerst angespannt die Kassenlage auf allen politischen Ebenen ist und wieso es so besonders schlimm gekommen ist und für die kommunalen Finanzen in den nächsten Jahren noch schlimmer kommen wird, erfahren wir zur Zeit mehr als nötig täglich aus den Medien und den politischen Diskussionen.

Und wie es bei uns im Kreis und in unseren Städten und Gemeinden steht, hat der Kreiskämmerer bei seiner Einbringung des Kreishaushalts und haben auch meine Vorredner schon ausführlich dargestellt.

Nur das Jammern und Klagen über die derzeitige Situation bringt uns genauso wenig nach vorne, wie das Zeigen auf diejenigen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht haben oder auf den Bundes- und den Landesfinanzminister, weil diese den Kommunen nicht soviel von den zu verteilenden Kuchen abgeben, wie man eigentlich zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bräuchte oder auf den Landschaftsverband, der auf einem Vermögen von fast einer Milliarde Euro sitzt und trotzdem jährlich seine Umlage erhöht. Auch der Landschaftsverband sollte das zu tun, was viele Kommunen im Lande längst getan haben, nämlich ans Eigenkapital und an die Ausgleichsrücklage zu gehen, um über die Krise hinwegzukommen. Der Kreis Unna hat das bereits alles verbraucht. Wir sind sogar in der Bilanz mit über 3 Mill € überschuldet.

Es ist auch nicht abzustreiten, dass der Kreis Unna in den vergangenen Jahren eigene Anstrengungen um Einsparungen unternommen hat. Insbesondere durch die aufgabenkritische Betrachtung der Verwaltung im Jahre 2002 und die Arbeit und Ergebnisse der Finanzstrukturkommission in den Jahren 2005 bis 2007, dieses mal die Verwaltung und der Kreistag gemeinsam mit Unterstützung der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA).

Durch die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Situation ernster und dramatischer als jemals in den vergangenen Jahren zuvor. Und der Kreis Unna, als Kreis im Ruhrgebiet, ist ganz besonders durch das Ansteigen der Sozialleistungen in einer prekären finanziellen Situation.

Da kann und darf man es sich nicht so einfach machen: wir als Kreis, als Umlageverband, dürfen keine Schulden machen und erhöhen ohne eigene Sparanstrengungen oder Sparvorschläge die Kreisumlage. Und das mit einem beträchtlichen Sprung nach oben!

Unsere kreisangehörigen Gemeinden sind in der gleichen miserablen Finanzsituation. Ihnen bricht vor allem auf der Ertragsseite die wichtigste Steuer, nämlich die Gewerbesteuer, weg. Die Gewerbesteuer ist die unbeständigste und damit gefährlichste Einnahmequelle des Steuersystems. Sie ist hauptverantwortlich für den Kollaps der Finanzen der Städte und Gemeinden, weil sie den wirtschaftlichen Schwankungen hoffnungslos ausgesetzt ist.

Und um die Kommunen von solch einer unsoliden Einnahmequelle unabhängig zu machen, setzt sich die FDP schon lange für einen Ersatz der Gewerbesteuer ein: Dabei soll die Gewerbesteuer durch eine Kommunalsteuer ersetzt werden, als Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftssteuer, deren Höhe die Gemeinden selbst festlegen können. Dazu erhalten die Gemeinden 12 % der Umsatzsteuer statt bisher 2,2 %.

Bisher konnten wir Liberale uns mit diesen Vorstellungen nicht durchsetzen. Aber in diesen Zeiten der Krise hört man sogar schon vom Kämmerer einer SPD-Kommune unseres Kreises, der sich öffentlich

für diese Reform ausgesprochen haben soll.
Aber das ist Zukunft. Zurück zur grausamen Gegenwart.

Unsere Städte und Gemeinden im Kreis versuchen Ihre eigenen Defizite durch teilweise rigorose und für ihre Bürger schmerzliche Sparmaßnahmen, Wegfall von kommunalen Leistungen sowie durch Steuern-, Abgaben – und Gebührenerhöhungen zu sanieren. Die Bürgermeister und ihre Kämmerer haben durchaus Verständnis für die Probleme des Kreises, können aber nicht nachvollziehen, dass beim Kreis angesichts der ernsten Lage keine weiteren eigenen Bemühungen zu erkennen sind, um weitere eigene Einsparpotentiale einzubringen.

Sehr geehrter Herr Stratmann, in Ihrer Einbringungsrede zu diesem Haushalt am 3. 11. zitierten Sie den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Kämmerer im Kreis Unna, Herrn Karl Gustav Mölle aus Unna, in seiner Einschätzung der derzeitigen Lage der Kommunalfinanzen im Verhältnis zu den Ländern und dem Bund. Und da hat Herr Mölle recht. Egal wie ich zu einzelnen seiner örtlichen Einsparungsvorschläge stehe, er lässt bei seinen Sparvorschlägen keinen Bereich aus, er streicht Stellen und Leistungen, erhöht Gebühren und Steuern. Er und seine Kollegen vor Ort können doch gleiche Kraftanstrengungen auch vom Kreis erwarten.

Die Fraktionen haben zwar jetzt die aktualisierte Potentialliste aller freiwilligen Leistungen. Sollen wir, die Fraktionen, uns jetzt nach Belieben aussuchen, worauf man künftig mit welchen finanziellen Auswirkungen verzichten wolle?

Das ist der falsche Weg. Wir erwarten vom Landrat und vom Kämmerer konkrete Vorschläge, mit welchen eigenen Maßnahmen des Kreises Einsparpotentiale zu erreichen sind. Sie sind verpflichtet, dem Kreistag einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Den Ausgleich aber einzig und allein durch entsprechende Erhöhung der Kreisumlage herbeizuführen, kann niemanden befriedigen.

Deshalb haben wir als FDP den Antrag gestellt, einen externen Berater zu beauftragen, der uns allen aufzeigt, wo durch strukturelle Veränderungen in der Verwaltung, in den Verwaltungsabläufen, aber auch in einer stärkeren der interkommunalen Zusammenarbeit Einsparpotentiale zu erreichen sind. Dabei dürfen unsere Kreisgesellschaften nicht ausgeschlossen werden. Dieser Antrag ist nicht neu für den Kreistag, den haben wir als FDP in den vergangenen Jahren immer wieder gestellt. Aber bisher wurde unser Antrag jedes Jahr von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Auch 2006 mit dem Beschluss zur Finanzstrukturkommission wollten wir diese von einem externen Berater statt von der GPA begleitet wissen. Dieses mal, in der heutigen, wirklich ernsten Situation, hoffen wir und bitten um eine breite Zustimmung des Kreistages

Selbstverständlich müssen die Ergebnisse und Vorschläge des Gutachters politisch bewertet werden. Danach muss aber ernsthaft und konsequent deren Umsetzung angegangen werden. Es darf sich nicht wiederholen, wie 2004 mit dem WIBERA-Gutachten zur Bündelung betrieblichen Aufgaben mit den Städten und Gemeinden im Kreis umgegangen wurde. Es verschwand in den Schubladen, wurde nicht veröffentlicht. Selbst wir als FDP, damals im Kreistag nur als Gruppe vertreten, haben nichts von der Existenz dieses Papiers erfahren.

Und auch das Gutachten zur VKU wurde in den wesentlichen Teilen ignoriert.

Wir gehen davon aus, falls unser Antrag heute eine Mehrheit findet, dass die Finanzstrukturkommission sich mit dem weiteren Verfahren, wie Ausschreibung, Aufgabenstellung usw. befassen wird.

Wir als FDP machen aber die Zustimmung zum vorgelegten Haushalt 2010 abhängig von der Zustimmung des Kreistages zu unserem Antrag.

Auch die CDU – Fraktion unterstützt in ihrem nachgereichten Antrag unser Begehren. Sie ergänzt ihren Antrag aber gleichzeitig mit einem Verlangen nach Einsparmöglichkeiten, um eine Kreisumlage unter 50 % zu erreichen, ohne aber selbst konkrete Einsparvorschläge zu formulieren. Da frage ich

mich, wiesoll das jetzt und heute geschehen? Soll der Kämmerer - mit einem Federstrich - geplante Investitionen, wie z. B. Straßenunterhaltung und die Berufsschülerweiterung in Lünen aus dem Haushalt 2010 herausnehmen und auf spätere Jahre verschieben und zusätzlich im Sozialbereich die erwarteten Einbrüche optimistischer einschätzen und rein buchungsmäßig um einige Millionen Euro schönen ? So bitte nicht!!

Dieser Teil des CDU-Antrages kann doch nur erfolgreich sein, wenn wir die Abstimmung über den Haushalt 2010 heute verschieben würden. Aber wer will das schon? Wir sollten deshalb nach dem vom Landrat bereits gestern im Kreisausschuss vorgeschlagenen Verfahren vorgehen:

1. Die beiden Anträge werden zusammengeführt.
2. Weil unser FDP-Antrag dem Grunde nach mit der Ziffer 2 des CDU-Antrages übereinstimmt, wird zuerst über den externen Berater in der FDP-Version abgestimmt, weil unser Antrag der weitergehende und präzisere ist.
3. Danach wird über den Punkt 1 des CDU-Antrages abgestimmt.

Der Kreishaushalt 2010 mit einer Steigerung der Kreisumlage auf knapp über oder knapp unter 50 % macht unser Handeln gegenüber unseren Städten und Gemeinden als auch gegenüber der Kommunalaufsicht (RP) nur glaubwürdig, wenn er zusammen mit dem Antrag zum externen Berater beschlossen wird.